



## Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der regionalen ländlichen Entwicklung in der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 im Gebiet des Landes Sachsen-Anhalt (RELE 2014-2020), Teil B Forstlicher-Wegebau (FP 6105)

Zutreffendes bitte  ankreuzen oder ausfüllen!

EU-Betriebsnummer (BNR-ZD, 12stellig)	Posteingangsstempel												
<table border="1"><tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr></table>													
Name, Vorname / Betriebsbezeichnung													
Ort													
E-Mail; Telefon-Nr.													
Empfänger (zuständige Behörde)	Anzahl Anlagen												
	Eingang im PEB registriert: 500=Antrag 511=Änderungsantrag												

<b>Antragstellerstammdaten</b>	Der Stammdatenbogen ist nur einmalig mit dem ersten Antrag für Fördermaßnahmen des EGFL oder ELER im Kalenderjahr einzureichen.
<input type="checkbox"/> Der aktuell gültige Stammdatenbogen ist beigelegt.	
<input type="checkbox"/> Ich/Wir habe/n den aktuell gültigen Stammdatenbogen bereits eingereicht.	

<b>1. Antrag auf Projektförderung</b>		
Dieser Antrag betrifft		
<input type="checkbox"/> die erstmalige Antragstellung für das Vorhaben.		
<input type="checkbox"/> die Änderung eines bislang nicht bewilligten Antrages.		
<input type="checkbox"/> die Änderung eines durch Zuwendungsbescheid bewilligten Antrages		
Aktenzeichen		
Änderung in Nr.		
<b>Ich/Wir beantrage/n eine Projektförderung für die Maßnahme</b>		
<input type="checkbox"/> Forstlicher Wegebau Wegeneubau	<input type="checkbox"/> Forstlicher Wegebau Befestigung nicht ausreichend befestigter Wege	<input type="checkbox"/> Forstlicher Wegebau grundhafte Instandsetzung

<b>2. Angaben zum Vorhaben</b>		
Kurzbezeichnung des Vorhabens		

## 2.1 Investitionsort *(s. Anlage 2 Flurstücks- und Flächenverzeichnis)*

Landkreis	Gemeinde	Ortsteil
-----------	----------	----------

## 2.2 Geplanter Durchführungszeitraum *(Monat/Jahr)*

von	bis
-----	-----

## 2.3 Beschreibung des Vorhabens und Darstellung der Notwendigkeit der Förderung

*(z. B. Beschreibung des Ist-Zustandes, was soll wie gemacht werden, welche Ziele sollen erreicht werden, welche Wirkungen sind zu erwarten, Dringlichkeit, Konzeption, ggf. Verbindung zu anderen Vorhaben. Sofern der Platz nicht ausreicht, fügen Sie dem Antrag eine gesonderte Anlage bei.)*

siehe Anlage 1 - Vorhabenbeschreibung

## 2.4 Erklärung zu allgemeinen Zuwendungsvoraussetzungen

Der Forstbetrieb hat eine Größe von \_\_\_\_\_ ha.

Die in den Anlagen näher bezeichnete Wegebaumaßnahme ist keine Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahme i.S. der Naturschutz- oder Waldgesetzgebung oder auf anderer öffentlich-rechtlicher Grundlage.

Die beantragte Maßnahme ist keine öffentliche Straße nach § 2 StrG LSA, kein Rad-, Fuß- und Reitweg, keine Anbindung von Erholungsgrundstücken, Sportanlagen oder Campingplätzen oder ein Weg innerhalb von Siedlungs- und Industriegebieten und wird nicht in Form von Schwarz- oder Betondecke ausgebaut.

Ich/Wir bin/sind für das Vorhaben

- Eigentümer       ein Forstwirtschaftlicher Zusammenschluss
- Beteiligung von Grundstücken in geringem Umfang nach Richtlinie RELE Teil B Nr. 4, letzter Absatz, unter Beifügung der Einverständniserklärung der jeweiligen Eigentümer

Der Maßnahme liegt ein freiwilliger Landtausch unter Beteiligung mehrerer land- und forstwirtschaftlicher Haupterwerbsbetriebe zu Grunde?

- nein       ja

Wir als antragstellendes Unternehmen sind ein **Unternehmen in Schwierigkeiten** im Sinne der „Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten“ vom 31. Juli 2014 (ABl. EU 2014/C 249/01).

- ja Wenn ja, ist eine Förderung unzulässig.
- nein Wenn nein, sind durch das Unternehmen die erforderlichen Eigenmittel bzw. ist ab einer Zuwendungshöhe von 100.000,- Euro die gesicherte Vorfinanzierung des Vorhabens nachzuweisen. Zum Nachweis sind dem Antrag geeignete Unterlagen (Kontoauszüge, Kreditbereitschaftserklärungen und dgl.) als Anlage beizufügen.

Der Antragsteller/Forstbetrieb ist ein öffentliches Unternehmen oder auf Grundlage der Mitarbeiterzahl und finanziellen Schwellenwerte nicht als Kleinst- bzw. kleines und mittleres Unternehmen einzuordnen. Gemäß der Rahmenregelung (2014/C204/01) i. V. m. dem Anhang I der VO (EU) Nr. 702/2014 gilt das Unternehmen deshalb als großes Unternehmen.

- ja

Große Unternehmen müssen gemäß der Randnummer 72 der Rahmenregelung (2014/C204/01) die Situation beschreiben, die ohne Zuschüsse bestehen würde (kontrafaktische Fallkonstellation). Die Ausführungen zur kontrafaktischen Fallkonstellation sind durch Nachweise zu untermauern. Die Darstellung ist plausibel, wenn sie unverfälscht die Fakten wiedergibt, die zum Zeitpunkt der Entscheidung des Antragstellers in Bezug auf das betreffende Vorhaben maßgeblich waren.

- trifft nicht zu (KMU-Erklärung erforderlich)

## 2.5 Vorherige Förderungen des Vorhaben

Das unter Ziffer 2 genannte Vorhaben wurde in den vergangenen 5 Jahren gefördert und die Zweckbindungsfrist ist noch nicht abgelaufen.

- nein       ja, gefördert       ja, die Zweckbindungsfrist besteht noch

Wenn ja:

Fördermaßnahme	Jahr der Förderung
Bewilligungsbehörde	Aktenzeichen
Was wurde wie gefördert?	

## 2.6 Andere Förderungen

Für das beantragte Vorhaben wird/wurde eine andere öffentliche Förderung beantragt/gewährt.

nein                       ja, beantragt                       ja, erhalten

Wenn ja:	andere öffentliche Förderung Datum und Betrag in Euro		
Bewilligungsbehörde/ Aktenzeichen	beantragte Zuwendung, aber nicht entschieden	bewilligte Zuwendung	ausgezahlte Zuwendung

## 3. Finanzierungsplan

### 3.1 Gesamtausgaben des Vorhabens

Art	Euro
Ausgaben der Maßnahme ohne Umsatzsteuer ( <i>Netto</i> )	
Umsatzsteuer	+
Gesamtausgaben ( <i>Brutto</i> )	

### 3.2 Erklärung zur Umsatzbesteuerung

Ich/Wir beantrage/n, dass die Umsatzsteuer als zuwendungsfähige Ausgabe berücksichtigt wird.<sup>1)</sup>

nein                       ja

Wenn ja:

- Die für die Eingangsleistungen<sup>2)</sup> des beantragten Vorhabens in Rechnung gestellte Umsatzsteuer kann/können ich/wir nach § 15 UStG als Vorsteuer abziehen oder ich/wir verwende/n die Eingangsleistungen des beantragten Vorhabens in einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb, für den ich/wir die Durchschnittssatzbesteuerung (§ 24 UStG) anwende/n.  
⇒ Ausgaben unter 3.3 als Nettoangaben (*ohne Umsatzsteuer*) erfassen
- Die für die Eingangsleistungen des beantragten Vorhabens in Rechnung gestellte Umsatzsteuer kann/können ich/wir nicht nach § 15 UStG als Vorsteuer abziehen und ich/wir verwende/n die Eingangsleistungen des beantragten Vorhabens auch nicht in einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb, für den ich/wir die Durchschnittssatzbesteuerung (§ 24 UStG) anwende/n.  
⇒ Ausgaben unter 3.3 mit Umsatzsteuer, soweit diese nicht nach § 15 UStG als Vorsteuer abgezogen werden kann, erfassen

#### Hinweis

Zusätzlich ist das Formular „Bescheinigung des Steuerstatus bei einem Fördervorhaben“ auszufüllen und mit den entsprechenden Unterlagen an das für Sie zuständige Finanzamt zu übersenden. Die Bescheinigung des Finanzamtes ist mit dem letzten Zahlungsantrag vorzulegen.

<sup>1)</sup> Die Umsatzsteuer kann als zuwendungsfähige Ausgabe nur berücksichtigt werden, wenn der Antragsteller für das Vorhaben weder nach § 15 UStG vorsteuerabzugsberechtigt ist noch die Durchschnittssatzbesteuerung anwendet. Der Antragsteller muss die Umsatzsteuer endgültig tragen.

<sup>2)</sup> **Eingangsleistungen** sind alle Leistungen, die der Unternehmer für sein Unternehmen erhält. Hierbei kann es sich z. B. um Wareneinkäufe und um bezogene Dienstleistungen handeln. Werden diese Leistungen von einem anderen Unternehmer mit Umsatzsteuer bezogen, kann der die Leistungen empfangende Unternehmer die in der Rechnung ausgewiesene Umsatzsteuer als Vorsteuer abziehen.

3.3 Finanzierung		Euro	Euro
<b>I. Gesamtausgaben</b> (laut 3.1 Brutto)			
<b>II. nicht zuwendungsfähige Ausgaben</b> (z.B. USt.)			-
<b>III. Fremdmittel</b> <sup>3)</sup>	a) Leistungen Dritter/Spenden <sup>4)</sup>		
	b) andere öffentliche Zuschüsse <sup>4, 5)</sup>		
	<b>Fremdmittel gesamt</b>		-
<b>IV. Zwischensumme zuwendungsfähige Gesamtausgaben (= I. - II. - III.)</b>			=
<b>V. Eigenmittel</b> (auf zuwendungsfähige Gesamtausgaben)	Bare Eigenmittel, Kredite		
	anrechenbare private Spenden/Leistungen Dritter <sup>4, 6)</sup>		
	<b>Eigenmittel gesamt</b>		-
<b>VI. Beantragte Zuwendung</b>	a) Maximaler Betrag (70 % zu IV.)		
	<b>oder</b> b) Maximaler Betrag (60 % von VI. a) (Waldbesitzer mit mehr als 1000 ha Betriebsfläche)		

#### 4. Behördliche Beteiligung

Die Genehmigung/Stellungnahme des zuständigen Landkreises als Bündelungsbehörde, unter Einbeziehung mindestens der Forst-, Naturschutz-, Denkmalschutz- und Wasserbehörde zum Projekt liegt vor.

nein  ja

Die Genehmigung des Straßenbaulasträgers (nur bei Anbindung an das öffentliche Straßennetz) liegt vor.

nein  ja  entfällt

Beteiligung/Genehmigung sonst. Behörden (Bezeichnung) \_\_\_\_\_

Im Rahmen vorgenannter Beteiligungen wurden Auflagen erteilt:

nein  ja, lt. gesonderter Anlage  ja, nachfolgend genannte Auflagen  entfällt

Auflagen

<sup>3)</sup> Grundsätzlich sind zweckgebundene (projektbezogene) Fremdmittel (Spenden/Drittmittel/Zuschüsse) gemäß VV zu § 44 LHO als Vorwegabzug von der Gesamtinvestitionssumme abzusetzen und dürfen nicht als Eigenmittel angesetzt werden.

Ausnahmen siehe Fußnote 5.

<sup>4)</sup> Kopien der Bescheide oder Förderzusagen sind als Anlage beizufügen.

<sup>5)</sup> z.B. Lotto Toto, Mittel von öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Stiftungen u. ä.

<sup>6)</sup> Folgende Drittmittel dürfen als Ausnahme den Eigenmitteln zugerechnet werden:

a) Spenden/Leistungen Dritter, die **nicht** zweckgebunden sind oder

b) bei Zuwendungen von bis zu 25.000 € an Antragsteller mit überwiegend gemeinnütziger Tätigkeit sind zweckgebundene, nicht aus öffentlichen Mitteln finanzierte Spenden dem Eigenanteil zuzurechnen.

## 5. Anlagen

Diesem Antrag sind folgende Anlagen beigefügt:

- Stammdatenbogen *(wenn noch nicht vorliegend)*
- Vorhabenbeschreibung *(Anlage 1)*
- Kostenschätzung
- Preisangebote gem. Vergabebestimmungen *(VOB, HOAI, ANBest.-P, ANBest.-GK)*
- erforderliche Genehmigung(en)/Stellungnahmen
- Aktuelles Mitgliederverzeichnis FBG / FWZ *(vom Vorstand bestätigt)*
- Maßnahmeblätter, Übersichtspläne, Bauzeichnungen, Projektierungen
- Flurstücks- und Flächenverzeichnis *(Anlage 2)*
- Flur- und Forstkarten mit eindeutiger Darstellung der Maßnahme
- Aktueller Grundbuchauszug *(nicht älter als sechs Monate)*
- Nutzungsnachweis, Grund und Zustimmung des Eigentümers, wenn Eigentümer und Antragsteller nicht identisch *(RL Teil B, Nr. 4 letzter Satz)*
- Kopien der Bescheide oder Fördermittelzusagen von Dritten *(sofern zutreffend)*
- aktueller Beitragsbescheid der Berufsgenossenschaft *(Nachweis Betriebsgröße)*
- Nachweis der erforderlichen Eigenmittel bzw. gesicherten Vorfinanzierung *(s. Nr. 2.4)*
- KMU-Erklärung *(Angaben zur Identität des Unternehmens)*
- Begründung zur Inanspruchnahme von Fördermitteln *(Kontrafaktische Fallkonstellation) durch Großunternehmen (u. a. Kommunen)*
- Ergänzende Unterlagen:

---

---

---

---

---

---

## 6. Erklärungen

- Ich/Wir habe/n die nachfolgenden Erklärungen wahrheitsgemäß abgegeben und bestätige/n die Kenntnisnahme der unten genannten Hinweise.

### Erklärungen in Bezug auf den Antragsteller

Ich/Wir erkläre/n dass,

- die ordnungsgemäße Geschäftsführung gesichert ist,
- die Gewähr einer ordnungsgemäßen Verwendung und Unterhaltung der geförderten Gegenstände gesichert ist,
- über mein/unser Vermögen/Unternehmen zum Zeitpunkt der Antragstellung kein Gesamtvollstreckungs-/Insolvenzverfahren eröffnet ist oder durch mich/uns beantragt wurde,
- (nur bei Antragstellern ohne eigene Rechtspersönlichkeit:) die den Antrag unterzeichnende/n Person/en für die sachgerechte Verwendung der Zuwendung haftet/haften.

Ich/Wir besitze/n eine Webseite, die nicht ausschließlich für private oder familiäre Zwecke genutzt wird. (In der Regel muss jede Webseite, die nicht ausschließlich privaten oder familiären Zwecken dient, über ein Impressum verfügen.)

- nein       ja      Wenn ja, bitte Internetadresse angeben:

### Erklärungen in Bezug auf den Antrag

Mir/uns ist bekannt, dass

- der Stammdatenbogen für Beihilfen und Fördermaßnahmen, die aus dem EGFL/ELER finanziert werden, einschließlich seiner erforderlichen Anlagen unverzichtbarer Bestandteil des Förderantrags ist und Änderungen des Stammdatenbogens und des Förderantrags unverzüglich bei der zuständigen Behörde anzuzeigen sind,
- die Bewilligungsbehörde jederzeit weitere Unterlagen anfordern kann,
- alle Angaben im Antrag nachweisbar sein müssen.

Ich/Wir erkläre/n dass,

- **die Gesamtfinanzierung gesichert ist,**
- **mit der Durchführung des Vorhabens noch nicht begonnen wurde** und nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides bzw. der Genehmigung des vorzeitigen Vorhabenbeginns begonnen wird (als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten),
- der Inhalt der Richtlinie/n RELE 2014-2020 in der jeweils gültigen Fassung mir/uns bekannt ist,
- der Inhalt des Merkblatts Vergabe für private und öffentliche Antragsteller im Rahmen von ELER/EGFL-Förderprojekten (s.a. [www.elaisa.sachsen-anhalt.de](http://www.elaisa.sachsen-anhalt.de), Stichwort: Investitionsförderung ländlicher Raum - Formulare / Informationen) bekannt ist,
- die im Zusammenhang mit der Umsetzung des Vorhabens erforderlichen Genehmigungen vorliegen bzw. beantragt werden und eventuelle Nebenbestimmungen beachtet werden,
- die in diesem Antrag, den dazugehörigen unverzichtbaren und anderen Bestandteilen sowie den beigefügten Anlagen gemachten Angaben vollständig und richtig sind.

Mir/Uns ist bekannt, dass die in diesem Antrag einschließlich dem Stammdatenbogen und in den beigefügten Unterlagen enthaltenen Tatsachen/Angaben und Erklärungen, von denen die Gewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist, subventionserhebliche Tatsachen i. S. des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) sind und dass ich/wir nach § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. LSA S. 724) i. V. m. § 2 Abs. 1 des SubvG vom 29.07.1976 (BGBl. I S. 2034) verpflichtet bin/sind, der bewilligenden Stelle **unverzüglich** alle Tatsachen mitzuteilen, die für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung von Bedeutung sind.

Mir/Uns ist ferner bekannt, dass die Nichtbeachtung dieser Verpflichtung eine Bestrafung wegen Subventionsbetruges (§ 264 StGB) nach sich ziehen kann.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Name der/s Antragsteller/s /Vertretungs-  
berechtigten in Druckschrift

\_\_\_\_\_  
Unterschrift der/s Antragsteller/s/Vertretungsberechtigten